Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 97 (2022)
Heft: 7-8

Artikel: "Es lohnt sich, in die Sicherheit für unsere Bevölkerung zu investieren!"
Autor: Ritler, Josef
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006070

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Es lohnt sich, in die Sicherheit für unsere Bevölkerung zu investieren!»

Mit diesen Worten wendete sich Bundesrätin Viola Amherd am 5. Mai 2022 in der Mehrzweckhalle in Holziken AG an die 1000 interessierten Gäste. Und sie erklärte auch: «Der Ukraine-Krieg hat uns keineswegs überrascht, auch wenn dies nun behauptet wird.»

Wm Josef Ritler

Bundesrätin Amherd: «Dieser Krieg wird mit zunehmender Brutalität geführt».

Die Chefin des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport war von der SVP Holziken zu einer Podiumsveranstaltung eingeladen worden. Das Thema: «F-35 - Sicherheit am Schweizer Himmel».

Mit dabei waren Dr. jur. Rudolf P. Schaub, Oberstlt. A.D. und Militärpublizist (SVP), Ständerat Thierry Burkhart (FDP), Nationalrätin Priska Seiler Graf (SP) und Nationalrat Felix Wettstein (Grüne). Das Podium leitete Rolf Cavalli, Chefredaktor der Aargauer Zeitung.

Lange mussten die Gäste nicht warten, obwohl Viola Amherd mit ihrem Chauffeur im Mercedes während Stunden im Stau stecken geblieben war. Dafür gab sie in ihrem Referat Gas: «Die Sicherheitspolitik steht ganz oben auf der politischen Agenda!»

Sicherheit als Fundament

In guten Zeiten gehe leicht vergessen, dass die Sicherheit zum Fundament von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gehört. Seit mehr als zwei Monaten herrsche Krieg in der Ukraine. Eine solche Aggression habe es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben.

Die Bundesrätin weiter: «Dieser Krieg wird mit zunehmender Brutalität geführt. Menschen werden getötet, Städte werden eingekesselt und massiv beschossen. Seit dem Ausbruch des Krieges sind mehr als fünf Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen. Wir alle sind schockiert und tief betroffen angesichts der Berichte und Bilder, die wir täglich sehen. Das Leid der ukrainischen Bevölkerung ist unermesslich.

Unsere Solidarität mit den Flüchtlingen ist gefragt, sei es mit der Aufnahme von Schutzsuchenden in der Schweiz oder mit Hilfe vor Ort. So hat z.B. die Armee der Bevölkerung in der Ukraine bereits zu Beginn des Krieges medizinische Hilfsgüter zukommen lassen.»

Dass Russland zunehmend konfrontativ auftritt und auch einen bewaffneten Konflikt in Europa provozieren könnte, darauf habe das VBS bereits im Sicherheitspolitischen Bericht vom November 2021 hingewiesen.

Im Bericht steht auch, dass Russland anstrebt, im Westen Krieg gegen einen konventionellen Gegner führen zu können. Sowie dass Russland militärische Fakten schaffen könnte, die zu einer Eskalation führen. Praktisch niemand habe diese Feststellung zur Kenntnis genommen!

Bundesrätin Viola Amherd weiter: «Das VBS und die Armee haben die aktuelle Bedrohungslage bereits in ihren Planungen der letzten Jahre durchgehend berücksichtigt. Das zeigen die Grundlagenpapiere zur Zukunft der Luftverteidigung, zur Modernisierung der Bodentruppen und zur Verstärkung der Cyberabwehr.

Mit diesen Vorhaben wird die Armee auf ein breites Spektrum von Aufgaben ausgerichtet - gerade im Hinblick auf die «hybride» Konfliktführung, die den bewaffneten Konflikt einschliesst.

Die Armee ist auf Kurs und richtig aufgestellt, auch im Vergleich zu anderen Streitkräften in Europa.

Sie ist in der Lage, die zivilen Behörden zu unterstützen, wie sie es gerade in der Pandemie gezeigt hat. Ihr Kernauftrag bleibt aber der Schutz der Bevölkerung, also die Verteidigung. Die Vorhaben für die Erneuerung der Fähigkeiten und Mit-

Zur Beschaffung von Kampfjets: «Wir können diese nicht einfach an der nächsten Ecke kaufen.»

tel der Armee richten sich nach den zur Verfügung stehenden Finanzen.»

Beschaffungen für die Armee

Das habe zur Folge, dass innerhalb der mittel- und langfristigen Planung Prioritäten gesetzt werden müssen. Konkret mussten Beschaffungen auf der Zeitachse gestaffelt und nach hinten verschoben werden.

Steht der Armee mehr Geld zur Verfügung, können die notwendigen Beschaffungen beschleunigt werden. Wichtige Fähigkeiten zum Schutz der Bevölkerung und des Landes könnten rascher realisiert werden.

Als Folge des Krieges in der Ukraine erhöhen viele europäische Staaten ihre Verteidigungsausgaben. So z.B. Deutschland, das sofort 100 Milliarden Euro mehr ausgeben und künftig 1 Prozent des BIP, gemäss NATO-Vorgaben, investieren will, oder Österreich, das seine Ausgaben von 0,8 auf 1 Prozent des BIP erhöhen will.

In der Schweiz betragen die Verteidigungsausgaben 0.8 Prozent des BIP. 1990 betrugen sie noch 1,4 Prozent.

In der Sommersession wird der Ständerat die Armeebotschaft 2022 mit Verpflichtungskrediten unter anderem für die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge und die Stärkung der Cyberabwehr behandeln.

Die Bundesrätin: «Es wird Sie kaum überraschen, dass die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zum Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen aus dem Luftraum eine Priorität hat. Die Kontrolle und Sicherheit im eigenen Luftraum zu gewährleisten, ist eine zentrale staatliche Pflicht.

Dafür werden weiterhin Kampfflugzeuge benötigt, weil nur diese das ganze Spektrum an Aufgaben zur Kontrolle und Sicherung im Luftraum abdecken können.»

Die Schweiz wird deshalb auch in Zukunft Kampfflugzeuge brauchen, damit sie diese zentralen Schutzaufgaben im eigenen Luftraum wahrnehmen kann. Weil die heutigen Flugzeuge aus Altersgründen nicht über 2030 hinaus genutzt werden können, müssen wir jetzt neue beschaffen.

Viola Amherd: «Flugzeuge können nicht an der nächsten Ecke gekauft werden. Wir haben heute für normale Automobile und Fahrzeuge Monats-, wenn nicht sogar Jahresfristen, bis diese produziert sind. Bei einem Flugzeug dauert das länger! Wenn wir jetzt mit der Beschaffung weiterfahren können, werden diese Flugzeuge bis 2030 geliefert.»

Im Interview

Im darauf folgenden Interview fragte der Moderator Rolf Cavalli die Bundesrätin unter anderem, ob sie garantieren könne, dass der F-35 nicht teurer werde. Viola Amherd: «Wir haben eine Festpreis-Offerte, nicht vom Hersteller, sondern vom amerikanischen Staat.»

Cavalli erkundigte sich noch über den Zustand unserer Armee. Die Bundesrätin erklärte: «Die Art der Kriegsführung hat sich geändert. Wichtig ist, dass man mobil ist. Dass man nicht nur fest verankerte Waffensysteme hat, sondern flexibel ist. Dass man sie dort einsetzen kann, wo man sie benötigt. Die Schweiz hat sich sehr verändert, es ist viel überbaut worden. Man kann nicht mehr aus den festen Standorten aus schiessen. Da könnte es Schäden geben.»

Und über die Grenzen der Neutralität sagte sie: «Wir haben schon internationale Zusammenarbeit, einerseits die Friedenförderung und andererseits bei der Luftwaffe. Wir könnten die internationalen Konferenzen bei uns nicht durchführen, wenn wir den Schutz nicht gewährleisten können. Und das kann man nur in Zusammenarbeit mit den Nachbarländer. Es gibt auch Zusammenarbeit im Cyber. Was man nicht kennt ist, dass die Schweizer Luftwaffe ihre Nachtflüge in England trainiert. Die Grenze ist, dass die Schweiz im Ernstfall nicht in einer kriegerischen Aktivität mit einem anderen Land mitmachen kann. Aber wenn wir angegriffen werden,

NR Seiler-Graf: «Wir müssen die Zusammenarbeit prüfen. Ich will die Neutralität nicht abschaffen.»

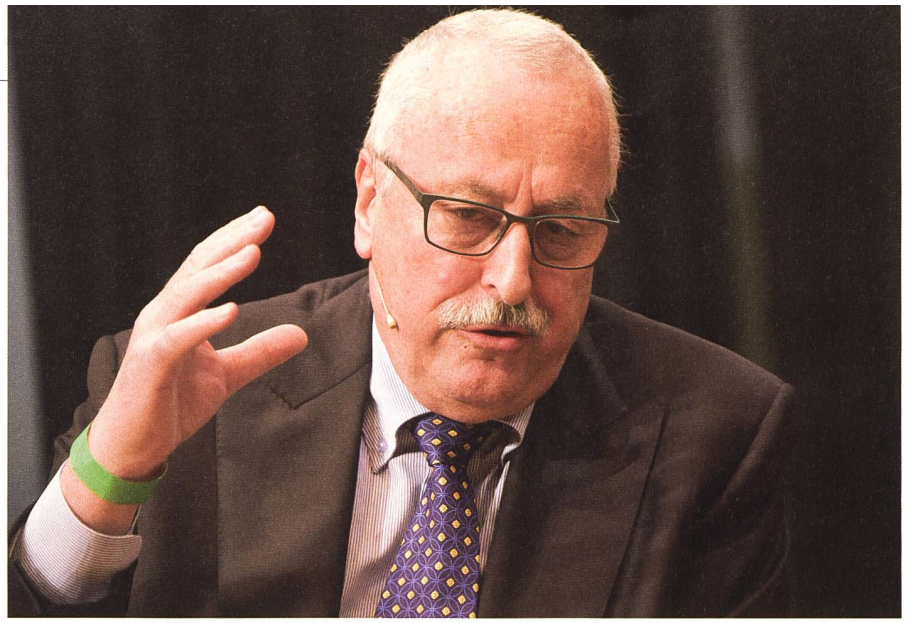
dann fällt die Neutralität, dann könnten wir andere Länder um Unterstützung fragen. Dazu braucht es bei uns eine Armee, die funktioniert.»

Podiumsdiskussion

In der Podiumsdiskussion stellte Rolf Cavalli Nationalrätin Priska Seiler Graf (SP) die Frage, es sei jetzt alles unter Dach und Fach, ob die Initiative nicht eine Zwängerei sei. Priska Graf entgegnete: «Die Volksrechte müssen angewandt werden und es gibt demokratische Spielregeln in diesem Land.

Die Bundesrätin hat gesagt, sie warte die Abstimmung ab. Und seit Kriegsbeginn muss alles immer schneller gehen. Ich hoffe, dass man auch Minderheiten ernst nimmt. Ich habe immer gesagt, wir haben kein Interesse zu verzögern.»

Ständerat Thierry Burkhart antwortete auf die Frage, ob er nicht den demokratischen Prozess ausheble: «Ganz im Gegenteil. Wir nehmen Volksabstimmungen ernst. Sogar das Sujet bei den Gegnern war ein F-35. Man kann nicht sagen, man habe nicht gewusst, um welchen Flieger es gehe. Wir wollen nicht beschleunigen, sondern im vorgesehenen zeitlichen Rahmen alles durchführen. Wenn wir nicht mehr innerhalb der Offerte sind, dann kostet es mehr auf Kosten der Steuerzahler. Wir reden von einer Initiative, die noch nicht einmal eingereicht worden ist.»



Bilder: Josef Ritler

Militärpublizist Dr. Schaub: «Ich bin tief beeindruckt, wie man gegen alle sachlichen Argumente immun sein kann.»

F-35 im Zentrum

Die nachfolgende Diskussion galt vermehrt dem F-35. Der Militärpublizist Dr. jur. Rudolf P. Schaub (SVP) insistierte: «Wir müssen einen Flieger haben. Wenn der F-35 von den Finnen, den Engländern und anderen Staaten beschafft wird, kann er nicht schlecht sein. Ich bin tief beeindruckt, wie man gegen alle sachlichen Argumente immun sein kann. Man sagt der amerikanische Geheimdienst hört mit. Sämtliche Experten sagen, der Geheimdienst hört nicht mit. Es ist gerade für die Schweiz der richtige Flieger.»

Und weiter: «Als Anwalt habe ich mich immer gefragt, was sind die Motive der Gegenpartei? Ich verstehe, dass sie alle Argumente suchen. Sie wollen den Flieger nicht, weil sie die Armee abschaffen wollen.(Applaus). Die 35 Flieger sind gut. Ich unterstütze Frau Amherd. Aber wir werden zum Schluss kommen, dass die 35 Flieger nicht genügen.»

Dem entgegnete Nationalrat Felix Wettstein (Grüne), er respektiere den Volksentscheid. Der F-35 sei der falsche Flieger. 1. Der Amerikaner hört immer mit 2. Es ist undenkbar, dass wir den Kostenrahmen einhalten können. 3. Für die Schweiz ist es der ungünstigste Flieger. 4. Er ist unglaublich laut.» (Empörung im Publikum)

Ständerat Thierry Burkhart auf Fragen der Finanzierung der Armee: «Wir müssen unsere Armee wieder aufbauen. Müssen mehr Budget zur Verfügung haben. Wir profitieren von der NATO in Europa. Wir müssen auch unseren Teil dazu beitragen. Das haben wir zu wenig gemacht. Wir müssen uns auf mögliche Szenarien einrichten. Wenn wir und andere angegriffen werden, müssen wir fähig sein zusammen zu arbeiten.»

Priska Seiler entgegnete: «Wir müssen die Zusammenarbeit prüfen. Ich will die Neutralität nicht abschaffen.»

Darauf Thierry Burkhart: «Dann müsst ihr von der Idee der Armeeabschaffung wegkommen.» (Applaus)

Den Schlusspunkt setzte ein Mann aus dem Publikum: «Wir haben abgestimmt und nun kommen Sie, Ihre Kumpaninnen und Kumpanen von der grüne Seite und wollen uns quasi einen italienischen motorisierten Segelflieger anbieten.» ✚

Ständerat Thierry Burkart: «Wir wollen nicht beschleunigen, sondern den vorgesehenen zeitlichen Rahmen erfüllen».